

# Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

## Neues in Kürze.

**Drachmehaltungen und Radiotelegramme.**

Zur Verhütung einer Verunreinigung der Bevölkerung stellt die Thüringische Staatliche Pressestelle fest, daß von den durch Berliner und andere auswärtige Zeitungen berichteten Putschabsichten rechtsstehender Verbände in Thüringen nichts bekannt sei.

Die Gewerkschaften haben dem Reichslangler ihre Forderungen für die Wirtschaftspolitik eingereicht. In erster Linie wird der allgemeine Preisabbau durch Maßnahmen zur Produktionsförderung verlangt, ferner reichsweite Schul- und Ausbildungsmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die Einstellung des allgemeinen Personalabbau bei Behörden und in Privatbetrieben. Der Empfang der Gewerkschaften durch den Kanzler ist auf die Woche nach Pfingsten angelegt worden.

Der Reparationsagent hat die Reichsregierung zu Verhandlungen über die Transarierfrage erlöst. Die Verhandlungen werden unmittelbar nach Pfingsten beginnen. Aus Paris waren bereits Beschlüsse und Forderungen der Reparationskommission gemeldet worden.

Die unglücklich verlaufenen Verhandlungen über das allmähliche Abgleiten der Balken der Nachbarländer Deutschlands hat in Berlin zu Besprechungen zwischen Reichsfinanzminister und Reichsbankpräsident geführt, die nach Pfingsten fortgesetzt werden sollen. Die Frage in Balutampina steht an erster Stelle. Am kommenden Dienstag soll Reichsminister der Großbanken vom Finanzminister gehört werden.

Die von General Borah im amerikanischen Senat eingebrachte Freigabe für das deutsche Vermögen hat nur die Unterstützung eines Viertels der Senatoren gefunden. Infolgedessen besteht nur sehr geringe Aussicht, das Gesetz noch in dieser Session zu erledigen. Auch im Senat herrscht die Ansicht vor, zunächst die Wahlen abzuwarten.

Die Hauptverhandlung in dem Hochverratsprozess gegen zwölf Mitglieder des Deutschen Bundes in Kantonien ist am 18. Mai gleich nach der Eröffnung wieder auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die Anfrage beruht auf erwiesenen tatsächlichen Dokumenten und Auslegungen. Die Angeklagten sind bereits seit dem 12. Februar in Untersuchungshaft. Es besteht die Gefahr, daß sie ähnlich wie der Deutsche Scherf, der ohne Urteil zwei Jahre im Zuchthaus gehalten und dann nach Deutschland abgeholt wurde, auf unbestimmte Zeit in Haft gehalten werden. Die deutsche Regierung mußte sofort energig einschreiten.

Der englische Luftseeresminister teilte im Interview mit, daß die Verhandlungen über ein Luftfahrabkommen zwischen Deutschland und England nunmehr günstig fortzuschreiten.

Die Annahme der Regierungserklärung des Reichslanglers Marx in der Londoner Presse zeigt das enttäuschte Bemühen Englands, Deutschland von der Ratifizierung des Ruffenvertrages abzuhalten. Der Teil der Marx'schen Rede von dem Vertrag mit den Sowjets wird von fast allen Londoner Zeitungen unmißverständlich und ausführlich erörtert. Außer „Morningpost“ ist auch „Daily Telegraph“ Hauptwortführerin für eine baldige und einflussreiche Aktion der Exarmonarchie in Berlin gegen den Vertrag mit Moskau.

Die Delegiertenkonferenz der englischen Bergarbeiter hat die Vorstände der Regierung zur Beilegung des Bergbaukonflikts der vorgeschlagenen Lohnveränderungen wegen abgelehnt. — Die Verluste Englands durch den Streit werden auf 600 Millionen Goldmark geschätzt.

Die Londoner „Times“ melden aus Angola: Die Vorunterzeichnung des englisch-türkischen Waffenstillstandes ist am Mittwoch erfolgt. Die Türkei hat ferner Verhandlungen mit England getroffen über die Beilegung der von der Nationalversammlung beschlossenen Schiffbauten für die neue türkische Kriegsmarine auf englischen Werften.

Nach einem Londoner Bericht haben die Franzosen bei der Besetzung des Stadtteils Avignon von Dammas am 7. Mai über 300 Häuser zerstört und 500 Zivilisten getötet. Die Beschießung hatte zweifelhafte Aufschlüsse gegeben, die sich in dem Stadtteil schiefgeleh hatten. — Eine eintägige französische Handhabung ihres Völkerbundesmandats über Griechenland. Da zeigen sie, was und wie sie in Wirklichkeit sind.

## Ein deutscher Vorstoß in der Abrüstungsfrage. Gegen Gas- und Giftkrieg. — Zustimmung Englands.

Auf der gestrigen Sitzung des Generals Abrüstungsausschusses erklärte der deutsche Vertreter Graf Bernstorff, die bisherige Debatte habe vielfach bei ihm den Eindruck erweckt, daß man die vorgebrachten Argumente besser zum Beweis der These hätte verwenden können:

Wie kann man der Abrüstung aus dem Wege gehen, als zu der anderen Frage: Wie kann man zu einer Abrüstung kommen.

Alle Argumente, die vorgebracht wurden, klangen so, als ob sie in einer Zeit vor dem Kriege vorgebracht würden.

Ich bin sehr erfreut zu wissen, daß man in diesen Debatten vom Rückbau und seiner Tätigkeit nicht mehr gesprochen hat, als bis gesehen ist. Ein triegerischer Konflikt ist nur noch zwischen dem Rückbau selbst und einem Angreiferaufstand vorstellbar. Außerdem ist meiner Ansicht nach auch die Sicherheitsfrage zu stark unterstrichen worden.

Die ganze Diskussion, die wir hier führen, müßte sich auf der Annahme aufbauen, daß diese allgemeine Sicherheit erreicht ist. In den meisten Ausführungen wurde der Rückbau und die Befreiung des Staates, die zu diesen, beschränkt ist, vollkommen ignoriert.

Ich habe einen tiefen Eindruck empfunden von dem äußeren Gemüde, das gestern der belgische Senator de Broekere uns über den Gas- und Giftkrieg vor Augen geführt hat. Ich will, daß dieses Bild anzeigt, nicht etwa einen formellen Beschluß unterbreiten, sondern nur eine persönliche Anregung geben, die dahin geht, die Anwendung von Giftgasen und von Keimkeimstoffen nicht zu erlauben. Das müßte auf jeden Fall ein noch guter Anfang unserer Arbeit und würde in der Welt den besten letzten Eindruck machen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Deutschlands Entwurfung augenblicklich so groß ist, daß wir unsere Hauptkraft nicht gegen Luftangriff verteidigen könnten. Bei der Frage der potentiellen Kriegsfürer eines Landes muß man berücksichtigen, wieviel die Friedensindustrie in eine Kriegsindustrie übergeführt werden kann. Für Deutschland ist die Lage so, daß die deutschen Industriezentren in der Nähe der Grenzen liegen, in wenigen Stunden vernichtet werden können, bevor überhaupt an eine Umwandlung herangegangen werden kann.

## Der Standpunkt Englands.

Nach der mit größtem Interesse von den Ausschlußmitgliedern aufgenommenen Rede des deutschen Vertreters erhob sich Lord Robert Cecil, um den großen Kernpunkt angehängten Schanzen des Völkerbundes gegenüber der Vortragszeit eine vollkommen veränderte Lage geschaffen sei. England könne nicht vorstellen, daß es noch irgendeinen anderen Krieg geben könne als einen Völkerbundeskrieg gegen einen Angreiferaufstand. Er wies jedoch darauf hin, daß die Internationale Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels im vergangenen Jahre sich in ihrem Schlußprotokoll ausdrücklich gegen den Gas- und Giftkrieg ausgesprochen hat.

Zum Schluß beantragte Lord Cecil die Ergänzung, um zunächst die einzelnen Abteilungen zu prüfen und die Anträge zu klären.

Ein solcher Protest gegen die den Verhandlungen sehr entgegengelegenen „Rudimenten“ wäre jetzt am Platz.

## Ein deutscher Schritt in der Besatzungsfrage.

Aus Berlin verlautet, daß die Reichsregierung eine Demande in der Besatzungsfrage vorbereitet, die vornehmlich kurz nach Pfingsten erfolgen soll und deren Kernpunkt darin liegen dürfte, daß der Wagnis von Truppen aus der zweiten und dritten Besatzungszone immer noch geringer als der Zustand der Truppen aus der ersten Zone sei.

Ein solcher Protest gegen die den Verhandlungen sehr entgegengelegenen „Rudimenten“ wäre jetzt am Platz.

## Wer will putschten? Sozialdemokratie und Reichsbanner.

Die Sozialdemokratie (schreit hysterisch über einen von der Rechten angeblich beabsichtigten Putsch, nachdem sie kurz vorher in ihrer offiziellen Parteizeitung ausführlich und von ihrem Standpunkt aus mit guten Gründen das Welen des Putsches und überhaupt des bewaffneten Eingriffes in die Politik wissenschaftlich begründet hat.

Wenn die rote Partei glaubt, sich trotzdem heute eine Enttarnungsaktion gegen angebliche Putschabsichten leisten zu können, so verläßt sie sich darauf, daß nicht nur die große Öffentlichkeit, sondern auch die Allgemeinheit ihrer Parteigenossen über interne Literatur nicht kennt und daß diese Literatur nur von ihren Eingeweihten gekannt wird, also gerade von denen, die heute von den Parlamentariertribünen und in der roten Tagespresse die angeblich von der Rechten geplanten Putsch geübt werden kennen.

Um so größer ist die politische Unrichtigkeit jener Eingeweihten, die heute diesen lagenhaften Putsch „verurteilen“ und „eine Urheber kennen“, nachdem sie in einer der letzten Ausgaben ihrer hervorragenden Zeitschrift, der von Herrn Hilferding geleiteten „Gefellschaft“ (Internationale Revue für Sozialismus und Politik), gelehen haben, daß wir in dem Zustande eines „latenten Bürgerkrieges“ leben und daß heute jeder Putschist, „was für Ziele er auch erhebe und von welchen Anhängungen er auch immer ausgehe“, dem Problem einer bewaffneten Auseinandersetzung mit seinen Gegnern „nicht mehr ausweichen könne“.

Unter Behauptungen könnten ungenügschaft erscheinen, so daß wir näher auf die neue Putschtheorie der Rechten eingehen müssen.

In der Zeitschrift „Die Gefellschaft“ also, in der Februarheftausgabe, handelt Herr Dr. H. Z. ab, einer der heute anerkanntesten Sozialisten der Sozialdemokratie, über die Zulässigkeit des politischen Putsches. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Putsch und das bewaffnete Eingreifen in die Politik nicht mehr zu umgehen seien. Vom Sozialismus hält Herr Zaubach nichts. Die Sozialdemokraten sollen sich nicht selbst was vornehmen:

„Das Problem der Gewalt ist in jeder Phase der Entwicklung abhängig von der Auflösung über das sozialistische Endziel... Wenn der Putsch zum Sozialismus die Gewalt nicht vermeiden kann oder will, dann kann der Zustand des Endzieles die Gewalt nicht verschwinden sein... Wir wissen, was wir wollen. Das Problem der Gewalt kann aus dem Endzielbegriff des Sozialismus nicht gestrichen werden.“

Wir müssen Herrn Zaubach noch weiter das Wort geben, weil er nachweist, daß die Sozialdemokratie schon jetzt gerücket zum Putsch dabeist. Herr Zaubach äußert die — leider nur bei den deutschen Sozialdemokraten geltende — Meinung, daß es in Zukunft schwerlich noch Kriege zwischen den Reichen und Ländern geben werde, nur die „Liedrugsgebiete“ am Stillen Ozean seien noch gefährdet. Aber weshalb hören doch auch in der Gegenwart die Kriege nicht auf? Sie sind nur von ungenügschaftigen Genies auf in er politische gerückt. Häufig:

„Im Innern des sozialistischen Staates (also in allen Staaten auf einer gewissen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, d. h.) es werden an Stelle der zwischenstaatlichen Kämpfe die Kämpfe um die staatliche Macht eine erhebliche Verfestigung erfahren, eine Verfestigung, die sich zwangsläufig aus den ungenügschaften Entscheidungen ergibt, die im Endstadium (?) des kapitalistischen Entwicklungsstadiums...“

In Deutschland und Österreich ist die Bewegung der Vinten schon richtig im Gange: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Republikanischer Schutzbund.

Das Kennzeichen der Lage ist also die Schaffung innerparteilicher Kampfbündnisse. In dem Maße, wie sich die Disziplinierung der politischen Macht nähert, werden die Kämpfe zwischen den Vinten und Republikanern ungenügschaftiger erheblich stärker annehmen... Man wird vielleicht seltsam, heute nicht recht vorstellbare Situationen kennen lernen, die man am besten als „latenten Bürgerkrieg“ kennzeichnen... Ein unglücklicher Ausgang eines solchen Bürgerkrieges kann auf lange Zeit hinein das Feld des eigentlichen politischen Anspielens verzerren...“

Es ist schon, daß Herr Zaubach, diese unantastbare Parteileidenschaft, schon im Februar das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Waffen demagogisiert, daß die Herren Goering und Braun demagogisieren.

## Korsantig gegen Pilsudski.

Die Berliner polnische Gefellschaft gibt eine Mitteilung aus, wonach auch die Garnisonen in Thorn und Cracau, die bisher zur Polener Regierungsverwaltung standen bzw. eine unklare Haltung gegenüber Warschau angenommen hatten, sich dem Kriegsminister in Warschau unterstellt haben. Auch private Meldungen bestätigen die neue Wendung der Dinge in Westpolen zugunsten des Staatspräsidenten Pilsudski.

Wie bereits in Polen die Vertreter der polnischen Rechtsparteien sich gegen die Regierungswendungen und besonders gegen die Einberufung der Nationalversammlung nach Warschau erklärt haben, so haben jetzt auch in Kantonien die Vertreter der Rechtsparteien, der Christenpartei und der nationalen Arbeiterpartei verlangt, daß die Einberufung der Nationalversammlung nicht nach Warschau, sondern nach einer Stadt erfolge, die während der Beratungen der Nationalversammlung kein Militär habe. Die genannten Parteien fordern ferner kategorisch, daß die von Aufständischen gefangenen Militärs- und Zivilpersonen befreit werden. Demgegenüber erklärt

## Reichsgarantie für Eisenbahn-vorzugsaktien.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte gestern einer Vorlage des Reichsfinanzministers im Betrage von 150 Millionen Goldmark, bzw. für die dafür auszugebenden Zertifikate, zu übernehmen.

Nach Meldungen aus Paris haben in Lyon und Marseille gestern Tausendstausenden stattgefunden. In Lyon sind 18 Gefährte von den Demonstranten benannt worden. Die Hauptbesitzer wollen lediglich mit Demonstrationen in Lyon und Marseille zu melden, von Zusammenstößen ist in ihnen keine Rede. Dagegen bringt die Pariser „Humanität“ Einzelheiten über die Ausbreitungen in Marseille und Lyon.

Nach einer Meldung der Pariser Hausgenossen soll die Bereinigung der japanischen Truppen des Frontschiffes mit dem am Vektor vorrückenden französischen Truppen gestern vorübergehend abgeschlossen sein. Was es Arim soll von den Westmächten verfallen und mit seiner Familie weislich gekämpft sein. — Frankreichs innere Lage verbleibt dringend Siegeserwartungen, man wird abwarten müssen, ob sie auch zutreffen.

## Reichswehr und Putschatten.

Der B.Z. zufolge hat das Reichswehrministerium durch zwei Vertreter die Vorposten im Preußischen Innenministerium einladen lassen, um sich darüber zu unterrichten, ob Organe der Reichswehr gegen die bestehenden Bestimmungen für die Straftatverfolgung verstoßen haben. Wie das

## Reichswehr und Putschatten.

Blatt wissen will, sind organisatorische Änderungen nicht in Aussicht genommen, da man die bestehenden Bestimmungen für ausreichend hält.

normalen, den Würdetrümern gegen rechts zu entgehen. Da jetzt das politische Schwergewicht nicht mehr im Befehlsmittelslager, sondern im Retruerungsstab liegt, so löst Herr Heubach in die Gesamtsprengel:

**„Mit diesen also, daß durch die Parteiämtern eine Wehrangriff für Sozialisten besteht. Unter dieser großen Entscheidungspunkts betrachten, wird sich niemand der Notwendigkeit entziehen können, entlassene politische Arbeit auf diesem Gebiete zu tun ... Bei jeder Betrachtung zeigt sich sofort, daß keine politische Bewegung, was für Ziele sie auch erhebt, und von welchen Maßnahmen sie auch immer ausgeht, diesem Problem ausweichen kann.“**

Bei diesen absolut eindeutigen und geradezu fatal herauszufordern Ausführungen ist immer wieder zu beachten, daß sie keineswegs nur die Ansichten des einen Sozialisten Heubach angehen, sie stehen in dem offiziellen sozialistischen Parteiprogramm, das für die Führer der Sozialdemokratie bestimmt ist und die Ansichten und Meinungen der Parteimitglieder in die weiterleitend soll. Daß in diese von der anerkannten Parteiführung ermittelte Hilferichtung geleitete Zeitblätter und Ansichten hineinkommen, die nicht den Aufgaben und Maßnahmen der Parteiführung entsprechen, ist bei der strengen Parteipolitik der Sozialdemokraten völlig ausgeschlossen.

Wenn trotzdem die Sozialdemokraten und die mit ihnen in engster Bande und in Reichsbanneremphatisch stehenden Demokraten und Linksrentenmenschen mit so dreifachem Sinn alle Gemaltheiten abstreifen und sie nach dem allbetannten Rezept „Halbt den Dieb“ der Medien aufzuleben, so geht das über bloße politische Unehrlichkeit hin weit hinaus und beweist, daß sie ihnen mit ihren Händen zum Erdsturz um die Macht vollzogen Ernst ist, bei dem ihnen der Zweck die Mittel heiligt. — Zudem sind ja Fälle und ist immerhin noch harmlose Mittel im Vergleich zu der bemalten Gemalt der „Parteiämtern“, die sie anstellen können.

Gahe der Reichsparteien und aller Ordnungstendenzen und Befolgenen, die sich die ungeheuerlichen Folgen der Verwirrung der sozialistischen Sozialpolitik für Wirtschaft und damit Gelingen infolge des hohen Standes, als es demgegenüber sein darf, darauf zu sorgen, daß die die Welt vorkommen und dessen Verantwortlichkeit die Regierung diesen Plänen rechtzeitig ein Ende legt, in unserem sozialistisch regierten Preußen ganz besonders gefährlich sind.

Um unser bedrohte Wirtschaft mit ihren Millionen Arbeitelosen überhaupt in Gang zu halten, ganz einfach, um es zu können, brauchen wir Ordnung und Ruhe, aber keine Partei und anderen Kräfte. Und die Sozialdemokraten haben es in ihrem Verstand, daß sie es können — ihre Arbeitkampfformen zu nur entgegenstehender — Angriff und Eroberung planen. Wir leben vor der zweiten Revolution, und wie bei der Revolution, heißt der Feind nicht rechts, sondern er steht links.

### Die Arbeitskämpfe in Deutschland.

Die jetzt vorliegende Aufstellung der wirtschaftlichen Arbeitskämpfe im Jahre 1924 ergibt die Höhe von 1973, nämlich 1531 Streiks und 392 Ausperrungen. Betroffen wurden 28.430 Betriebe mit 1.618.011 Arbeitnehmern. Von diesen waren 641.075 im Streik und 878.936 ausgesperrt. Während sich diese Ziffern gegen das Jahr 1923 nicht beträchtlich verändert haben, ist die Zahl der verlorenen Arbeitstage von 12.343.930 im Jahre 1923 auf 32.961.181 im Jahre 1924 gestiegen. Davon rührten aus Streiks 13.198.470 aus Ausperrungen 22.663.111 her. Das Gebiet der größten Kämpfe war der Bergbau, das Hütten- und Salinenwesen mit 13 Millionen verlorenen Arbeitstagen. Es folgt die Maschinenindustrie mit 7,8 Millionen, die Metallverarbeitung mit 4,3

### Besuch im Höhlenkloster.

Eine Erinnerung an Arem.  
Von C. M. I. S. 25.

Der Besuch eines Klosters stimmt jeden sehenden Menschen nachdenklich, anständig, Da ist der ehrwürdige Bau und seine Einrichtung, die so von unserer Alltäglichkeit abhört, da sind seine Insassen, die, allem Zeitlichen abgewandt, nur noch ein einziges hohes Ziel im Auge haben. Und wie verklärt sich diese Ehrwürdigkeit, wenn die Natur ihre Wunder mitteilt! Diese Zusammenstellungen von tadellosster Weisheit und erhabener Naturgröße findet sich in feinstem Harmonieform bei dem Höhlenkloster von Arem.

Arem ist eine der interessantesten Städte Ostbairlands. Seine äußerst malerische Lage aus dem steil zum reißenden Dnjepr abfallenden Höhen steigt das Auge, ebenso wie das rege, bunte Leben in der Stadt. Einen ganz eigenständigen Stempel drückt der Staat die Menge der Kirchen auf. Mehr als 80 großartig-katholische Kirchen sind dort, die meisten in prächtiger Ausstattung, daneben noch viele für Angehörige anderer Glaubens. Das Volk nennt Arem „die heilige Stadt“, auch die „Mutter aller Städte Ostbairlands“, denn Arem ist Ostbairlands älteste Stadt; die ersten Träger aus Aremis Götze haben sie im 9. Jahrhundert gegründet.

Der Hauptausgangspunkt der heiligen Stadt bildet aber ihr weltberühmtes Höhlenkloster, die Kirche im Westen auf steiler Höhe über dem gemalten Fluß gelegen. Rings um den großen Komplex des Klosters zieht sich eine hohe Mauer, und man hat noch, ehe man selber zu dem Höhlen gelangt, eine Reihe gleichfalls sehr lebenswürdiger Bauwerke zu passieren. Durch das mit heiligenbildern geschmückte Klosterort kommt man in den Klosterhof, an dem die Zellen der Mönche liegen, und vorbei dann zu dem hohen

# Reichsregierung und Preisabbaugesetz.

Eine Erklärung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats gab der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine Erklärung darüber ab, in welcher Weise die Reichsregierung den schon von dem letzten Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus weiter zu behandeln gedenkt. In den vorgelegenen Maßnahmen gegen die Ringbildung hat der Reichswirtschaftsminister zwei von einander abweisende Gutachten vorgelegt. Die Reichsregierung wird durch die Beschaffung weiterer Maßnahmen zur Preisabbauförderung, und die Ringbildung hat der Reichswirtschaftsminister zwei von einander abweisende Gutachten vorgelegt. Die Reichsregierung wird durch die Beschaffung weiterer Maßnahmen zur Preisabbauförderung, und die Ringbildung hat der Reichswirtschaftsminister zwei von einander abweisende Gutachten vorgelegt.

Daüber sollen ohne Inanspruchnahme des Kartellrechts die gleichen Beschränkungen und Eingriffsmöglichkeiten gegeben werden, wie sie die Kartellverordnung für die freiwillig gebildeten Kartelle vorieht.

Ueber den Art. IV des Gesetzes, der das Verhältnis der Kartellglieder gegenüber den Kartellmitgliedern, die gleichen Bestimmungen mit den Kartellen des Sonderrechts festlegen.

Der Kartellverband des Deutschen Handwerks hat beschlossen, daß die Innungen bis zum Abreisezeit normaler Wirtschaftsverhältnisse Ordnungsmittel gegen Mitglieder wegen Wettbewerbsverhandlungen vor zu versagen sollen, wenn unzulässiger Wettbewerb im Sinne des Gesetzes vorliegt.

Bei den Handwerkskammern sollen Prüfungsstellen eingerichtet werden zur Prüfung von Bescheidern der Verbände über Preise und Leistungen der Handwerker. Die Preisregulierung beabsichtigt, zunächst den Erfolg dieser Prüfungsmaßnahmen ab zu warten, ehe sie weiter geeignete Maßnahmen auf diesem Gebiet in Vorschlag bringt.

Der Art. 111 des Gesetzeswurfs hat eine Erweiterung der Beschränkungen der Reichsregierung gegenüber den Kartellmitgliedern und den Kartellen des Sonderrechts zum Ziel. Die Ausnahmeförderung des § 19 der Kartellverordnung, monach Zwangsmaßnahmen der Verordnung nicht unterliegen, sollen bestehen bleiben, aber es soll eine Erweiterung der Aufsichtrechte des Reiches gegenüber den Zwangsmaßnahmen durch eine Abänderung der Zwangsmaßnahmen zum Rohlenwirtschaftsrecht und der Durchführungsbestimmungen zum Kartellwirtschaftsgesetz eintreten.

Millionen, das Bauwerk mit 3,4 Millionen, das Holzstoffgewerbe mit 1,6 Millionen und die chemische Industrie mit 1,3 Millionen.

Diese Industrien umfassen mehr als fünf Sechstel der ausgefallenen Arbeitskräfte. Dagegen hat das zahnärztliche viel stärkere Handwerksgerne nur einen Ausfall von 89.200 Tagen. Der Grund liegt darin, daß der Arbeiterstand nicht von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft, weniger von der Angebotskraft in Extreimform durchgeführt wird.

Die Zahlen für 1925 liegen noch nicht vor.

### Um die Hauszinssteuer.

Der Hauptausstoß des Preußischen Landtages beriet gestern den Antrag der Regierungspartei, der in Preußen vom 1. Juli 1926 ab die Erhöhung der Hauszinssteuer auf 40 Prozent der Friedensmieten und die Erhöhung der Mieten an sich auf 100 Prozent vorseht. Hierbei wurde zugunsten der Winderbeitenden und wirtschaftlich Schwachen

ein Antrag angenommen, wonach der Finanzminister die Steuer ganz oder teilweise zu erlassen oder zu ermäßigen soll, sofern die Gründe hierfür im Steuergegenstand selbst liegen, sowie die Steuer zu stunden und niederzuschlagen, insofern ihre Erhebung eine unbillige Härte bedeutet. Ferner tritt die Erhebung und Niederzuschlagen ein, sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsschuldige, Erwerbslose oder andere bedürftige Personen (namentlich linderliche Familien), die die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieten sind.

Die Steuer ist niederschlagen, wenn Wohnräume ohne Verschulden des Eigentümers leerliegen. Ferner ist der Belastung der Eigentümer durch laufende Geldverpflichtungen aus Hypotheken, die mit mehr als 25 Prozent verpfändet worden sind, durch Grundschuld und Pfandrecht, die Erhebung der Hauszinssteuer soll zu tragen.

Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß die Gemeinden von 1. 7. 26 ab Zuschläge zur Hauszinssteuer nicht mehr erheben dürfen.

Das Gesetz wurde auf den 31. 3. 1928 befristet. Der zur Förderung der Wohnungsbauzinsleistung bestimmte Teil der Hauszinssteuer soll zu drei

Zehntel dem Lande, zu sieben Zehntel nach Maßgabe des öffentlichen Aufkommens des Kreises zufallen. Von dem Gesamtaufkommen entfällt für Bauzweck und für den allgemeinen Finanzbedarf je die Hälfte. Eine zweite Leistung des Entwurfs wird im Ausschuss nicht feststehen, so daß die Prüfung des Entwurfs bis heris in den ersten Tagen des Juni mit der zweiten Lesung des Entwurfs befehen kann.

### Erleichterung für Hauszinssteuer.

Der Amtliche Preussische Presseblatt weist darauf hin, daß der Zeitpunkt des Inkrafttretens der reichsgesetzlichen Vorschriften über die Erhebung der Hauszinssteuer durch das Reichsgesetz vom 18. März d. J. auf den 1. Juli d. J. hinausgeschoben worden ist. Ein Gesetzentwurf zur Durchführung dieser reichsgesetzlichen Vorschriften liegt bereits dem Landtage vor. Er sieht eine bei der Regelung im Reichsgesetz abweichende Staffelung vor. Es würde also weniger und zweifellos sein, wenn Steuerpflichtige schon Anträge auf Steuerermäßigung oder Stundung stellen würden.

### 65000 Vorsorgekassen bei der Anleiheaufwertung.

Aus Anlaß von Klagen über die Verzögerung der Auszahlung von Vorsorgekassen auf Grund des Anleiheaufwertungsgesetzes wird vom Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt, daß bisher etwa 65.000 Vorsorgekassen festgelegt sind und daß der größte Teil davon bereits zur Auszahlung gelangt ist. Bei der sehr großen Zahl der eingehenden Anträge naturgemäß geraume Zeit. Die Arbeiten zur Durchführung des Gesetzes werden mit allem Nachdruck gefördert und beschleunigt.

### Erst acht Prozent Aufwertungssachen erledigt.

In einer kleinen Anfrage, die die Deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags eingeleitet hat, heißt es u. a.: Die bei der Aufwertungssachen eingegangenen Aufwertungssachen sind bis zum 31. März 1928 nur zum Ausmaß von 22 Millionen nach der Erhebung des Ministerdirektors Theising in der Aufwertungs-

Diese Leigname liegen da alle ganz offen in ihnen Sorgen, angehen mit ihren Mündigkeitsänderungen, nur mit einer Decke aus herlichem oder einem Hirschen in prächtiger Goldfärberei verkleidet. In dieser unterirdischen Kammern einem tiefen Vernebelung; die Körper sind nur zusammengeknüttelt.

Neben den Nischen sind auch hier und da wenig kleine Zellen in den Stein gehauen für Mönche, die sich vollkommen von aller Welt abgeschlossen haben, die niemand mehr sehen und mit niemand mehr reden wollen und die sich ihre tägliche Nahrung durch eine kleine, fensterartige Öffnung reichen lassen. Es wird auch der Kopf eines heiligen Geistes, der aus der Erde herostragt, bedeckt mit einer Mütze: es ist Johann der Lebensreiche, der sich selber in die Erde eingrab, um so den Tod zu erwarten. In anderen Stellen liegt man in die feinen Stühle eingekleidet, die wiederum höflich merkwürdig — ein Del auslonden: das als ein ganz besonders heiliges Del verwendet wird. Es wird auch die Zelle gezeigt, die die heiligste Zelle des Höhlenklosters, der heilige Antonius, selbst bewohnt, ein Mann, der selber noch als Mönch abgelebte hat. Eine Krippe erinnert daran, daß hier auch der König Retor, Ostbairlands berühmter erster Geschäftsführer (um 1100), gelebt hat. Es rufen hier viele fromme Einnehmer aus fürstlichem Gesicht.

Und mitten in diese Stille des Todes dringt plötzlich aus einer kleinen Kapelle her der harmonische Klangengel der Einnehmer. Da stehen sich die laudenden Herzen: ihre Träger sind zu Boden gefallen und berühren mit Stirn und Lippe die heiligen Wände und die heilige Erde. — Wohl ist der Glaube an die Wunder des Höhlenklosters; in jedem Jahr kommen Tausende und Abertausende von Pilgern aus der weitesten Ferne, und wenn sie aus der heiligen Grotte wieder zurückkehren zum Licht, dann tragen Frieden und Glück und Würde aus ihren Gesichtern.

wärts“ auf 34 Millionen geschätzt. Nach einer Erklärung des Preussischen Justizministers hat erst etwa 8 Proz. Aufwertungssachen erledigt worden. Angehörig dieser Bevölkerung ist es im Interesse der Gläubiger und Schuldner, und auch der Gerichte selbst dringend erwünscht, mit möglichst beschleunigter Arbeit zu schaffen. Es wird deshalb gefragt, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um eine möglichst schnelle Bearbeitung der Aufwertungssachen durchzuführen.

### Die Auswanderung.

In den vergangenen Jahren hat die bräunliche Regierung wiederholt durch allerdings nur vorübergehend gültige Auswanderungsbestimmungen deutsche Einwanderer für Brasilien zu gewinnen gesucht. Neuesten Meldungen zufolge weisen auf der Blumeninsel zahllose Einwanderer, teilweise mehr als 2000, darunter viele Deutsche; sie sind beschäftigungslos und suchen vergeblich nach Arbeit. Gleichzeitig wird bekannt, daß neuerdings von den 16 brasilianischen Konsulaten in Deutschland lediglich die Generalkonsulate in Hamburg und Berlin sowie die Konsulate in Bremen und München ermächtigt sind, Passpässe zu erteilen. Diese Nachfrist sind wohl dazu anhalten, Auswanderungswillige nachdort zu schicken und sich von einer anerkannten Beratungsstelle rechtzeitig beraten zu lassen.

Aus dem Gran Chaco, dem jungen Baumwollgebiet Argentiniens, kommen erhebliche Nachrichten, wonach infolge des starken Rückgangs der Baumwollpreise dort tausende von Auswanderern nach Deutschland abgehende entgegen zu erwarten sind. Ihre eigentümliche Mittelverbraucher sind und die bisher mit Materiallieferung auf Kredit ausbleibende Lebensgrundlage ist nicht mehr in der Lage sind, weitere Waren auf Borg zu liefern. Wenn die argentinische und deutsche Regierung nicht ausbleiben, droht eine der verheerendsten Auswanderung noch nicht abgemessene Katastrophe.



Der Amerikaner: „Warum ist denn eine schwarz-rot-goldene Geiß in Ihrer Tasche?“ Der Deutsche: „Weil einige Parteien ihren Sauf geben muster.“

### 5 1/3 Millionen R.-Mark billiges Baugeld zu nur 5% Zins

wurden in 18 Monaten praktischer Tätigkeit der Gemeinschaft der Freunde von Eigenheimbau um mehr als 30 Baupläne ihrer gemeinschaftlich, auf Gegenseitigkeit beruhenden Sparvereinigungen bereitgestellt. Dieses gesamtliche Dienst in numerar zumutlich eigenheimbau hat es ermöglicht, daß die Gemeinschaft der Freunde zurück den Bau von täglich zwei Eigenheimen finanziert kann. — Wer sich mit seinen Kindern ein Eigenheim schaffen will, verlangt Ankauf bei der Gemeinschaft der Freunde, Wüstenrodt, Württemberg.

### Hochschulnachrichten.

Bonn. Zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie an der Universität Bonn (an Stelle des verstorbenen Prof. Joh. G. Winauer) ist ein Ruf an den Ordinarius Dr. Wilhelm Celen in Grieswald ergangen.

Göttingen. Der durch das Ableben des Prof. R. Keilnersich an der Inneren III. Göttingen erzielte Lehrstuhl der Geburtshilfe und Gynäkologie ist dem a. o. Professor und Oberarzt an der Frauenklinik der Universität Bonn Dr. Heinrich Mertius angeboten worden.

Greifswald. Geh.-Rat Prof. Dr. Erich Kasper, emerit. Ordinarius der Kinderheilkunde der Universität Greifswald wurde anlässlich seines 70. Geburtstages zum Ehrenbürger der Stadt Greifswald ernannt.

Marburg. Der Professor der Zoologie an der Universität in Marburg, Dr. Theodor von Pfeil, Gust. Hölfiger, wurde von der neuorganischen Akademie der Wissenschaften in Oslo zum Mitglied ihrer philosophisch-naturwissenschaftlichen Klasse ernannt.